



Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Il Sindacato.

Rede 1. Mai 2017, Lenzburg
Corinne Schärer, Mitglied Geschäftsleitung Unia

(Es gilt das gesprochene Wort)

Zukunft für alle!

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Wir wollen eine Zukunft für alle! Eine Zukunft für Kinder, Frauen und alle Arbeitnehmenden. Und wir wollen eine sozialere und gerechtere Zukunft! Darauf haben wir ein Recht und wir verlangen nicht viel. Wir verlangen etwas Selbstverständliches!

Die Verkäuferin vom Coop in unserem Quartier hat ein Recht darauf, zum Abendessen zu Hause zu sein und mit ihren Kindern essen zu können. Es ist nicht normal und gerecht, wenn sie erst um 10.00 Uhr abends zu Hause ist.

Der Arbeiter von der Thermo Fisher AG im Kanton Waadt hat ein Recht darauf, seinen Arbeitsplatz zu behalten und dass der Konzern mit Sitz in den USA die gesetzlich verankerte Mitbestimmung respektiert.

Yannick und Nuria haben das Recht auf eine gute Schulbildung und eine Lehre, um ihren Traumberuf zu erlernen. Es ist ihr Recht und selbstverständlich, dass sie später ein unabhängiges Leben führen können und die Möglichkeit haben, ihrerseits eine Familie zu gründen, wenn sie das wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Zukunft für alle, sozialer und gerechter, bedeutet, dass wir in unserem Umfeld und in unserem Alltag das Selbstverständliche einfordern und uns dafür engagieren. Davon haben alle etwas: die Verkäuferin vom Coop, der Arbeiter der Thermo Fisher AG und Yannick und Nuria in der Schule.

Und es muss uns doch sehr wundern, dass dies heute nicht so ist. Schauen wir uns die Lebenslage der Jungen an. In dem reichen Land Schweiz mit seiner guten Berufsbildung ist es heute nicht selbstverständlich, dass alle eine Lehre machen können. Stattdessen erdreisten sich die Arbeitgeber, immer mehr Praktika anzubieten, damit die Lehrlingsausbildung zu umgehen und einen miesen Lohn zu bezahlen. Es gibt sogar Arbeitgeber, die gar keinen Lohn für Praktikantinnen und Praktikanten zahlen wollen. Junge Leute als billige rechtlose Menschen am Start ihres Lebens? Das kann doch nicht sein! Eine Zukunft sozialer und gerechter heisst, diesen inakzeptablen Absichten der Arbeitgeber einen Riegel zu schieben! Wir fordern gute Lehrstellen für alle, einen anständigen Lohn für alle Lernenden und die Unterstellung der Lernenden unter alle GAV.

Die Situation der Verkäuferin vom Coop fordert uns ebenfalls heraus: Für sie setzen wir uns dafür ein, dass die Ladenöffnungszeiten nicht verlängert werden und die Arbeitgeber endlich mit dieser Zwängerei aufhören. Unzählige Abstimmungen in den letzten 20 Jahren haben gezeigt: Längere Ladenöffnungszeiten haben keine Mehrheit in der Bevölkerung! Und die Verkäuferin hat das Recht

auf einen Lohn, von dem sie leben kann, und zwar unabhängig von einem Mann und Ernährer. Darum wollen wir deutlich höhere Löhne im Detailhandel, die endlich in einem gesamtschweizerischen GAV für die ganze Branche verankert werden. Mit den Wildwestmethoden in dieser typischen Frauenbranche mit einer langen Tradition von Ausbeutung muss Schluss sein.

Und last but not least fordern wir endlich Gerechtigkeit beim Lohn. Mit der Lohnungleichheit bei den Frauenlöhnen muss im 21. Jahrhundert ebenfalls Schluss sein. Noch immer beträgt der Lohnunterschied 20 Prozent. Mit viel Druck und Beharrlichkeit haben die Gewerkschaften dafür gesorgt, dass das Gleichstellungsgesetz nachgebessert wird. Nun wird aber sehr wahrscheinlich im Sommer eine zahnlose Vorlage ins Parlament kommen, weil die Arbeitgeber sich stur und mit aller Kraft dagegen wehren. Darum lancieren wir jetzt die subito-Initiative! Wir wollen, dass die Lohnungleichheit endlich in allen Unternehmen in der Schweiz umgesetzt wird. Wir sind zurzeit daran, einen Initiativtext zu erarbeiten, mit dem Ziel, die Arbeits- und Lebenssituation der Frauen zu verbessern. Denn das ist dringend nötig, und die Frauen haben ein Recht darauf: sozialer und gerechter, jawohl!

Zudem fordern wir das Ende von Gewalt an Frauen, den Ausbau der Mutterschaftsversicherung und die längst fällige Einführung einer Elternzeit, wie sie fast alle umliegenden europäischen Länder kennen. Und es braucht endlich eine gesellschaftliche Anerkennung der vielen Sorgearbeit, welche meistens Frauen gratis verrichten. Es sind vor allem die Frauen, die für die sorgende Arbeit verantwortlich sind. Sie leisten den Grossteil der jährlich 8.7 Milliarden Stunden unbezahlter Haus- und Betreuungsarbeit zu Hause. Diese Arbeit ist für die Gesellschaft wichtig und notwendig. Sie trägt enorm viel zu unserem Wohlstand und Lebensstandard bei. Und diese Arbeit soll gratis sein? Ein Armutsrisiko zur Folge haben? Lücken in der Rente? Machen wir den 1. Mai auch zum Tag der unsichtbaren Arbeit und fordern bessere Lebensbedingungen und anständige Löhne für alle Frauen!

Ein Leben in Würde für alle ist unser Ziel. Dies gilt auch für das Leben im Alter. Darum setzen wir uns für eine gute Altersvorsorge ein. Mit grossem Druck von uns und guter Parlamentsarbeit von unseren Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern im Parlament konnten wir die Altersvorsorge zu einem ausgewogenen Paket umbauen. Ein grosser Wermutstropfen dabei ist die Erhöhung des Rentenalters für Frauen. Das Gute ist aber, dass wir die Renten um 70 Franken erhöhen konnten. Viele Frauen werden davon profitieren, denn eine halbe Million Frauen lebt allein von der AHV und hat keine Pensionskasse.

Im Herbst kommt diese wichtige sozialpolitische Vorlage zur Abstimmung, und wir wollen zusammen dafür kämpfen, dass sie an der Urne angenommen wird. Denn liebe Kolleginnen und Kollegen, das erste Mal seit 40 Jahren wird die AHV ausgebaut. Das ist ein riesiger Erfolg! Und die Abstimmung ist entscheidend für die Zukunft unseres wichtigsten Sozialwerks, der grössten Errungenschaft der schweizerischen Arbeiterbewegung. Arbeitgeberverband und rechtsbürgerliche Parteien bekämpfen die Reform vehement. Denn sie wollen keine Stärkung der AHV, sie wollen die AHV ausbluten und stattdessen die Pensionskassen ausbauen, denn hier können sie Gewinne machen. Wenn wir also für ein Ja für die Altersvorsorge kämpfen, dann kämpfen wir auch dafür, dass die Arbeitgeber nicht noch mehr Gewinne auf Kosten der Leute machen. Es ist also extrem wichtig, dass die Reform am 24. September an der Urne angenommen wird. Zusammen werden wir uns in einem engagierten Abstimmungskampf dafür einsetzen.

Der Arbeiter von der Thermo Fisher AG im Kanton Waadt, der über eine Woche im Streik steht, schicken wir unseren grössten Solidaritätsgruss und gratulieren ihm zu seinem Mut. Streik ist immer das letzte Mittel und wir wissen alle, wie schwierig es ist, gegen den Chef zu streiken. Bei der Thermo Fisher AG soll ein Teil des Betriebs in der Schweiz ausgelagert werden. Das hätte zur

Folge, dass 106 Leute entlassen werden. Der US-Konzern schert sich einen Deut um die Schicksal der Arbeitnehmenden in der Schweiz. Und es ist kein Zufall, dass sich der US-Konzern die Schweiz ausgesucht hat, um Arbeitsplätze zu verlagern, Leute zu entlassen und die Kosten zu senken. Denn in der Schweiz ist es sehr einfach, Leute zu entlassen. Die Schweiz hat einen lausigen Kündigungsschutz, einer der schwächsten in ganz Europa!

Seit Jahren prangern wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter diesen Missstand an. Wir stossen bei den Arbeitgebern aber auf eine Mauer der Ablehnung. Sie sind nicht einmal bereit, auf Verhandlungen einzusteigen und Bundesrat Schneider-Ammann-Gehorsam faltet die Hände im Schoss. Dies auch selbst dann noch, wenn die Schweiz mehrmals von der Internationalen Arbeitsorganisation gerügt wird. Und das Schweizer Kündigungsrecht auch nicht die europäische Menschenrechtskonvention erfüllt. Unglaublich!

Wir fordern: es braucht einen wirksamen Kündigungsschutz für gewerkschaftliche Vertrauensleute, Vertreterinnen und Vertreter in Personalkommissionen und Pensionskassen. Die Arbeitgeber pochen auf eine funktionierende Sozialpartnerschaft. Aber eine Sozialpartnerschaft funktioniert nicht, wenn der eine Partner ständig Angst vor Kündigungen haben muss.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Zukunft für alle, sozialer und gerechter, heisst auch, ein Leben ohne ständigen Stress. An Gewerkschaftsversammlungen höre ich viele Geschichten der Leute und ich höre, dass hier der Schuh besonders drückt. Eine kürzlich publizierte Umfrage der Unia in büronahen Dienstleistungsberufen macht klar: 70 Prozent stehen bei der Arbeit oft oder immer unter Stress. Viele fühlen sich unmotiviert, ausgelaugt, nervös und gereizt oder körperlich angeschlagen. Gründe sind Zeit- und Leistungsdruck, überlange Arbeitstage und Arbeiten in der Freizeit. Gerade im Dienstleistungsbereich wird oft ständige Erreichbarkeit gefordert. Arbeit und Freizeit greifen immer mehr ineinander und können nicht mehr abgegrenzt werden. Das macht die Menschen krank.

Die Arbeitswelt verändert sich. Stress und Arbeitsbelastung betreffen alle. Das hat Auswirkungen auf die Gesundheit und das Privatleben. Das Arbeitsgesetz ist ein notwendiger – und häufig der einzige – Schutz gegen das Arbeiten rund um die Uhr, zerstückelte Einsätze, ständige Erreichbarkeit, Stress und Burn-out. Geregelt Arbeitszeiten und die Zeiterfassung sind das wirksamste Mittel gegen Überlastung am Arbeitsplatz. Die Angestellten brauchen ein Arbeitsgesetz, das Schutz vor Missbrauch bietet.

Nun wollen die Arbeitgeber aber die Arbeitszeitregelungen aushebeln und blasen zum grössten Angriff auf das Arbeitsgesetz seit dieses im 19. Jahrhundert geschaffen wurde zum Schutz der Arbeitnehmenden. Die Handlanger der Arbeitgeber in den bürgerlichen Parteien im Parlament wollen insbesondere die Pflicht zur Arbeitszeiterfassung aushebeln und die Arbeitszeiten flexibilisieren. Dies, obwohl der Bundesrat die Pflicht zur Arbeitszeiterfassung bereits 2016 gelockert hat.

Wird die Arbeitszeit nicht mehr erfasst und gelten keine Höchstarbeitszeiten mehr, leidet nicht nur die Gesundheit, sondern auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Wenn Arbeitnehmende mehr als 50 Stunden pro Woche verfügbar sein müssen, stellt das Personen mit Familienpflichten vor riesengrosse Probleme.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das müssen wir verhindern! Wir müssen leider mit dem Schlimmsten rechnen und wahrscheinlich das Referendum gegen diese Demontage des Arbeitsgesetzes ergreifen. Aber liebe Kolleginnen und Kollegen – zusammen werden wir das

schaffen. Stehen wir zusammen und setzen wir unsere ganze Kraft und Solidarität ein, dann werden wir gemeinsam den Angriff auf das Arbeitsgesetz abwehren. So wie wir das bereits vor 20 Jahren erfolgreich getan haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der 1. Mai ist unser Tag, wir lancieren heute unseren Kampf für eine gerechtere Welt, eine Zukunft für alle, sozialer und gerechter, gemeinsam werden wir dies erreichen. Gäbe es uns nicht, sähe die Welt anders aus, unsozialer, ärmer und unsolidarischer! Ich danke euch für euer tägliches Engagement und freue mich auf weitere gemeinsame Kämpfe.

Uniti siamo forti! Herzlichen Dank!